

PLENUM AKTUELL

15. – 17. November 2011

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Haushalt 2012 „durchgefallen“

In dieser Woche wurde im Hessischen Landtag die Generaldebatte zum Haushalt 2012 geführt. Das Zahlenwerk der Landesregierung sieht Ausgaben in Höhe von 22 Milliarden Euro und Einnahmen von 20,5 Milliarden Euro vor. Die Regierung plant somit 1,5 Milliarden Euro neue Schulden. Damit überschreitet die Landesregierung ein weiteres Mal die Verfassungsgrenze, diesmal um 360 Mio. €.

Die Städte, Gemeinden und Landkreise beklagen zu Recht einen unverantwortlichen Streichkurs der Landesregierung auf ihre Kosten. CDU und FDP ignorieren die wahre Finanzlage der Kommunen. Immer mehr Aufgaben werden nach unten verlagert ohne entsprechende Finanzausstattung. Der Kommunale Finanzausgleich –KFA- (Gelder, die den Kommunen zustehen) wird immer mehr gekürzt bzw. werden aus diesem Topf Aufgaben finanziert, die bisher aus originären Landesmitteln gezahlt wurden.

Wir kritisieren die jährlich wiederkehrende Kürzung von 344 Mio. € aus dem KFA, die Reduzierung der Mittel für die Nahverkehrsverbünde von 20 Mio. € oder die Nicht-Anerkennung des Konnexitätsprinzips (= wer bestellt, muss bezahlen), die z.B. bei der Mindestverordnung für die Kindergärten zu erhöhten Personalkosten für die Kommunen führte.

Mehrere Landkreise wollen nun gegen die schlechte Finanzausstattung durch das Land klagen und berufen sich dabei auf die hessische Verfassung, die eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen vorschreibt.

Unser Fraktions- und Landesvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel hat in der Generaldebatte die Haushaltspolitik der Landesregierung als ziellos, ideenarm und ohne Plan bezeichnet. Ein Landeshaushalt müsse Zukunftsperspektiven aufzeigen, davon sei im Entwurf der Landesregierung nichts zu erkennen. Die SPD hat für ihren Politikansatz, der sich in den Haushaltsanträgen niederschlägt, klare Prioritäten gesetzt. Es ist für uns als SPD nicht akzeptabel, dass die Regierungskoalition einerseits mit G8 die Schulzeit verkürzt hat, damit die Schüler schneller von der Schule kommen, sie jetzt aber andererseits vor den wegen Überfüllung geschlossenen Hörsälen der Universitäten stehen lässt. Daher fordern wir die Landesregierung erneut auf, die Grundfinanzierung der hessischen Hochschulen zu sichern und dem von der SPD vorgeschlagenen Notprogramm zuzustimmen.

Neben dem Bildungsschwerpunkt (+ 86,5 Mio. €) sehen unsere Anträge die Rückgabe der 344 KFA-Millionen an die Kommunen, Förderprogramme zur Umsetzung der Energiewende (37 Mio. €) sowie Infrastrukturmaßnahmen (24 Mio. €) und 30 Mio. € für die Einführung eines Sozialbudgets (Planungssicherheit für soziale Einrichtungen) vor.

Gerade in sozialen Fragen bleibt die Landesregierung scheinheilig. Im Rahmen „der Operation Düstere Zukunft“ wurde die Finanzierung von Frauenhäusern krass zusammengestrichen, und heute will sich die gleiche Landesregierung für einen ‚Aktionsplan Häusliche Gewalt‘ feiern lassen, obwohl dieser keinerlei finanzielle Ausstattung beinhaltet.

Rechtsextremismus

Im Bereich Innere Sicherheit dringt die SPD auf schnellstmögliche und umfassende Aufklärung des Mordes an einem Kasseler Internetcafé-Besitzer im Jahr 2006. Sollten sich die Vorwürfe gegen den hessischen Verfassungsschützer erhärten, wäre dies einer der größten Skandale Hessens. Wir fordern vom damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier Aufklärung und die entschiedene Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Mindestlohn bleibt auf der Tagesordnung

CDU/FDP:

Bis heute gibt es von Schwarz-Gelb kein klares Bekenntnis zum Mindestlohn – im Gegenteil: Der Beschluss der CDU auf ihrem Bundesparteitag lässt Millionen Arbeitnehmer im Ungewissen und wird den betroffenen Menschen keinen Mindestlohn garantieren. Die halbherzige Einigung der CDU auf ein Lohnuntergrenzenkonstrukt hat mit einem einheitlichen Mindestlohn in Deutschland nichts zu tun. Der CDU Wirtschaftsflügel und andere Hardliner in der CDU - und dazu zählt insbesondere die hessische CDU! - haben sich einmal mehr durchgesetzt. Nach dem Willen der CDU wird es keinen verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn geben, stattdessen einen nach Branchen und Regionen unterschiedlichen Flickenteppich unterschiedlicher Lohnuntergrenzen. Selbst diese Umsetzung bleibt fraglich, da die FDP gegen jede Festlegung im Bereich Mindestlohn ist.

SPD:

Die SPD kämpft weiter für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €, mit dem sich eine Familie ernähren und Altersarmut verhindern lässt. Denn die Hälfte der Unterdreißigjährigen in diesem Land arbeitet im Niedriglohnssektor. Die Hälfte der Unterfünfunddreißigjährigen hatte noch nie einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Wie dringend notwendig eine Mindestlohn-Regelung ist, verdeutlichen auch die nachfolgenden Daten einer Prognos-Studie vom April 2011:

Derzeit erhalten 5 Mio. Beschäftigte in Deutschland einen Lohn von unter 8,50 €, rund 1,2 Mio. Menschen verdienen sogar weniger als 5 € pro Stunde. Dies bedeutet für den Staat einen zusätzlichen Aufwand von 7 Milliarden Euro, der zum einen durch geringere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen und zum anderen durch Lohnzusatzleistungen (Aufstocker, Grundsicherung) entsteht.

Beispielsweise erwirtschaften die 1.000 Call-Center in Hessen 677 Millionen Euro Gewinn. Doch müssen die Steuerzahler die Beschäftigten wegen ihrer niedrigen Löhne mit 32 Millionen Euro an Aufstockung unterstützen.

Energiegipfel darf nicht zur Farce werden

Wir begrüßen, dass es nach langen Verhandlungen gelungen ist, beim Energiegipfel aus sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen einen Teilkonsens zu finden. Die Energiewende muss schneller und besser erfolgen, als CDU und FDP bisher wollten. Wir erinnern uns, dass gerade die hessische CDU nur widerwillig dem Ausstieg aus der Atomkraft gefolgt ist. Dies war mit ein Grund dafür, dass beim Energiegipfel nur ein kleiner gemeinsamer Nenner gefunden werden konnte. Die große Zahl von Protokollerklärungen vieler Teilnehmer des Energiegipfels macht sehr deutlich, dass das Abschlusspapier löchrig ist und somit nur einen Minimalkonsens darstellt. Wir fordern jetzt schnellstes Handeln und werden unsere Ziele parlamentarisch einfordern!

Den Endenergieverbrauch Hessens (Strom und Wärme) bis zum Jahr 2050 möglichst zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken ist eine gemeinsame Zielsetzung. Die Festlegung auf 2 % der Landesfläche für Windkraft ist eine der wenigen konkreten Aussagen, die wir als wirklichen Erfolg werten. Bis zuletzt haben sich CDU und FDP gegen Windenergie gewehrt und diese ökologische Energiegewinnung als „Windkraftmonster“ beschimpft und abgelehnt. Der nun gefundene Konsens bei der Windkraft muss daher umgehend im Landesentwicklungsplan festgeschrieben werden, um vor Ort handlungsfähig zu sein und die Regionalplanungen entsprechend anpassen zu können.

Einen großen und bisher nicht ausgeräumten Dissens gibt es bei der aus unserer Sicht dringend notwendigen Änderung der HGO (Hess. Gemeindeordnung) bezüglich der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Nach den Vorstellungen von CDU und FDP in Hessen dürfen die Kommunen keine Stromnetze betreiben. Wir fragen: Wer soll sie denn betreiben? Kleine Unternehmen vor Ort können das finanziell nicht leisten! Dieses Verbot für Kommunen wäre nicht nur ein Freifahrtschein für die Energieriesen wie z.B. E.ON und RWE, sondern würde unser Ziel, „die Wertschöpfung in der Region zu belassen“, konterkarieren. Die SPD fordert nachdrücklich, die HGO zu verändern und den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen. Die Kommunen müssen ihrer Schlüsselrolle in der Energiewende gerecht werden können. Nur so wird eine dezentrale Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien funktionieren.